



24. Februar 2022

Krieg gegen die Ukraine. Putin will auch die Deutungshoheit über die Geschichte

Die Nachricht vom heutigen Angriff Russlands auf die Ukraine hat uns alle fassungslos gemacht. Sie bringt großes Leid über die Ukrainerinnen und Ukrainer und ist zugleich auch ein Angriff auf die Grundwerte Europas und der Vereinten Nationen.

Der Angriff zeigt erneut, dass wir die Äußerungen Putins in seinen Texten und Reden wörtlich nehmen sollten. Putin hat das, was heute passiert ist, in seiner letzten Rede angekündigt, denn er hat der Ukraine das Existenzrecht als eigenständiger Staat abgesprochen. Er versteht die Ukraine als die natürliche Einflusszone Russlands, quasi als den unmündigen „kleinen Bruder“. Seine letzten Reden waren Kriegsreden – heute wissen wir das. Putin will das Rad der Geschichte zurückdrehen und beansprucht quasi als „oberster russischer Historiker“ auch die Deutungshoheit über die Geschichte. Er hat uns seine Ansichten zur vermeintlichen historischen „Einheit von Russen und Ukrainern“ seit dem Mittelalter in den letzten Monaten immer wieder wissen lassen. Sein Geschichtsbild ist geprägt von Neoimperialismus, Sowjetpatriotismus, russischem Nationalismus und Geschichtsrevisionismus.

Immer wieder wird insbesondere die Geschichte des Zweiten Weltkriegs von Putin instrumentalisiert, um damit sein aggressives Vorgehen in der Ukraine gegenüber der eigenen Bevölkerung zu legitimieren. Durch entsprechende Geschichtsgesetze, die Themen und Deutungen jenseits der offiziellen Version strafrechtlich verfolgten, hat er sich in den letzten Jahren die Deutungshoheit über die Geschichte des „Großen Vaterländischen Kriegs“ in Russland zu sichern versucht. In seiner heutigen Ansprache versucht er mit zahlreichen Verweisen auf die Geschichte des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion 1941 und auf eine angebliche Notwendigkeit der Selbstverteidigung die russische Bevölkerung zu mobilisieren. Putin diffamiert eine demokratisch gewählte ukrainische Regierung als Neo-Nazis und beschuldigt sie, Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen zu haben. Zur Legitimation seiner militärischen

Aggression dient Putin die Lüge eines angeblichen Genozids an der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine.

Die gezielte Desinformationskampagne der russischen Regierung greift bekannte Motive der Propagandakampagne von 2014 wieder auf; Putin spricht darin von einer Notwendigkeit der „Entnazifizierung“ der ukrainischen Eliten und juristischen Aufarbeitung ihrer Verbrechen. Das Ausmaß der Instrumentalisierung von Geschichtsmmythen durch die russische Propaganda lässt Fachhistoriker:innen den Atem stocken.

Als Historikerinnen und Historiker macht es uns besonders fassungslos, dass hier die Geschichte auf so menschenverachtende Weise als Waffe eingesetzt wird, um einen rücksichtslosen Angriffskrieg zu betreiben, der viele unschuldige Menschenleben fordert.

Auch die russische Zivilgesellschaft, wie die Menschenrechtsorganisation Memorial, die sich sehr verdienstvoll für die Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus eingesetzt hat, wurde in den letzten Monaten massiv bedroht und mundtot gemacht. Dennoch können uns heute erste Solidaritätsbekundungen von Vertretern der russischen Zivilgesellschaft mit der Ukraine nicht vergessen lassen, dass es auch in Russland andere Stimmen gibt.

In diesen Stunden sind unsere Gedanken und Herzen bei den Menschen in der Ukraine. Sie brauchen jetzt unsere volle Unterstützung!

Professur für Osteuropäische Geschichte der Universität Heidelberg